

Erklärung der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden zu den aktuellen und künftigen Herausforderungen zum Schutz und zur Aufnahme von Flüchtlingen

1. Eine sehr große Zahl von Menschen engagiert sich für Flüchtlinge. Unser Dank gilt den vielen ehren- und hauptamtlich Engagierten, die mit langem Atem Geflüchteten helfen, erfolgreich in unserem Land anzukommen und Teil dieser Gesellschaft zu werden. Mit ihren Angeboten und ihrer Arbeit tragen die Kirchenbezirke und -gemeinden und diakonischen Werke ganz wesentlich und zukunftsweisend zur Akzeptanz, zu gegenseitigem Verständnis und zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei.

Die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden hat 2015 das Maßnahmenpaket „Schutz, Aufnahme, Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen“ beschlossen. Dieses hat offensichtlich erfolgreich dazu beigetragen, sehr schnell nachhaltige Strukturen aufzubauen, durch die schutzbedürftige Menschen aufgenommen und integriert werden können. Bis heute wird mit erheblichen kirchlichen Mitteln professionell die ehren- und hauptamtliche Arbeit in den Kirchenbezirken, Gemeinden und im Gemeinwesen vor Ort unterstützt und begleitet.

2. Die Landessynode nimmt mit großer Sorge wahr, dass sich die Rahmenbedingungen für Integrationsprozesse durch Arbeits- und Bildungsverbote, Familiennachzugsbeschränkungen und verlängerte zentralisierte Unterbringung seit 2015 erheblich verschlechtert haben. Besonders besorgniserregend sind die Tendenzen zu einer Behinderung und Kriminalisierung des Engagements für

geflüchtete Menschen in vielen Bereichen, von der Seenotrettung bis zum Kirchenasyl.

3. Die Landessynode hält es für unbedingt notwendig, dass Fluchtursachen bekämpft und menschenrechtliche Schutzstandards sowie die für einen Integrationsprozess wichtigen Aufnahmebedingungen umfassend gewährleistet werden; insbesondere durch

- Gewährleistung eines sicheren Zugangs zum Schutzsystem der EU und der Pflicht zur Seenotrettung sowie eine gerechte und solidarische Verantwortungsteilung innerhalb der europäischen Union;
- Sicherstellung einer qualifizierten unabhängigen Beratung von Asylsuchenden durch freie und gemeinnützige Träger in allen Stufen des Verfahrens, einschließlich der Abschiebungshaft;
- Beachtung des verfassungsrechtlich geschützten Rechtes der Kirchen, geflüchtete Menschen, die dies begehren, zu taufen und Anerkennung einer Konversion zum christlichen Glauben als Asylgrund für Menschen aus Ländern, in denen eine solche Konversion zu Bedrängnissen oder gar Verfolgung führt.
- Anerkennung des Rechts auf Familiennachzug (Ehepartner, minderjährige Kinder) zu den als schutzberechtigt anerkannten Personen;
- Förderung von Integration durch Bildung, Ausbildung und Beschäftigung als auch eine schnelle, dezentrale Verteilung und Unterbringung in integrationsfördernden Unterkünften;
- eine angemessene Bleiberechtsregelung, um das Asylverfahren und die Verwaltungsgerichte zu entlasten und Integrationsbemühungen konsequent zu belohnen.

4. Die Evangelische Landeskirche wird weiterhin für Flüchtlingsschutz, gesellschaftliche Akzeptanz, Integration und interkulturelle Öffnung eintreten. Sie wendet sich gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie begrüßt es, wenn sich weiterhin viele Menschen in diesem Bereich engagieren und wird dieses ehrenamtliche Engagement fördern, unterstützen und durch unabhängige Beratung fachlich begleiten.